

Der Briefetal-Bote erscheint
Dienstag, Donnerstag, Sonn-
abend und Sonntag. Der
Bezugspreis beträgt monatlich
1,20 RM, jährlich 12,00 RM.
Die einzelne Nummer
kostet 10 Pfennig.

Briefetal-Bote

Anzeigen werden in der Geschäftsstelle Birkenwerder, Bahnhofstraße 5 und von allen Anzeigen-Expeditoren angenommen. Die neuangelegene Beitzelle kostet 25 Pfennig, die Reflektierte 1 RM.

Amtsbezirks-Anzeiger und Zeitung

für Birkenwerder, Hohen Neuendorf, Borgsdorf, Briese, Lehnitz, Stolpe
Fernsprecher: Amt Birkenwerder 2005



für Bergfelde, Schönfließ Frohnau, Summt und Umgegend
Telegr.-Adr.: Briefetalbote Birkenwerder

Amtsblatt für die Amtsbezirke Birkenwerder und Schönfließ.

Nr. 7 | Fernsprecher Amt Birkenwerder 2005 | Donnerstag, den 12. Januar 1933 | Bohlschloß Berlin 62 448 | 32. Jahrg

Der Amtsvorsteher Birkenwerder.
Die Reinigung der Schornsteine findet in Birkenwerder vom 12. bis zum 28. Januar 1933 statt.
Birkenwerder, den 11. Januar 1933.
Der Amtsvorsteher als Ortspolizeibehörde. B l a n k.

Der Gemeindevorsteher Birkenwerder.
Die Auszahlung der Sozial- und Kleinrentnerunterstützungen erfolgt am Donnerstag, dem 12. d. Mts., in der Zeit von 1/9 bis 10 Uhr vormittags. Die Auszahlung der Zulagen an Kriegshinterbliebene und Kriegsbeschädigte kann erst ausnahmsweise am Dienstag, dem 17. d. Mts., gleichfalls in der Zeit von 1/9 bis 10 Uhr vormittags, erfolgen.
Birkenwerder, den 11. Januar 1933.
Der Gemeindevorsteher. J. A. K ä h n, Gemeindeführer.

Der Gemeindevorsteher Schönfließ.
Am kommenden Sonntag, dem 15. Januar 1933, in der Zeit von 13 bis 16 Uhr wird der Steuererheber in seiner Wohnung die Haussteuer für Januar 1933 und die Feuerkassenbeiträge 1933 zum Einzug bringen.
Schönfließ, den 11. Januar 1933.
Der Gemeindevorsteher. Lemcke.

Ein denkwürdiger Tag

Esien, 11. Januar.
Aus Anlaß des Tages, an dem vor zehn Jahren die französischen Truppen Esien und Umgebung besetzten, fand auf dem Burgplatz eine vom Stahlhelm einberufene nationale Kundgebung statt, an der eine nach vielen Tausenden zählende Menschenmenge teilnahm. Studienrat Wahnken, der Führer des Westmarkenverbandes im Bund der Frontkämpfer, gab seinen Zuhörern ein lebendiges Bild jener schicksalsschweren Tage des Jahres 1923, als sich die in ihre nationalen Gefühle tief verlegte Ruhrbevölkerung entschlossen habe, waffenlos einem in Waffen starrenden Gegner die Stirne zu bieten.
Der jährliche Abwehrkampf des Ruhrvolkes habe der Rheinlandbefreiung und aller weiteren deutschen außenpolitischen Befreiungspolitik die Wege geebnet. Dieser Geist nationaler Einigkeit müsse wiederkehren, dann werde keine Macht der Welt dem deutschen Volk den Weg zu neuem Aufstieg verlegen können.
Die Kundgebung schloß mit dem Deutschlandlied, in das die Menge ergriffen einstimmte.

Neuwahl der badischen Regierung

Karlsruhe, 11. Januar.
Der badische Landtag wählte mit 43 Stimmen der Regierungsparteien (Zentrum, Deutsche Volkspartei, Wirtschaftspartei) den bisherigen Ministerialrat im Justizministerium Dr. Umbauer zum Innenminister. Der Landtag nahm in der gleichen Sitzung auch die Neuwahl des badischen Staatspräsidenten vor und berief hierzu den Justizminister Dr. Schmitt (Ztr.), der seit November 1928 an der Spitze des badischen Kabinetts steht. Zum Stellvertreter wurde Finanzminister Dr. Matthes (DVP) bestimmt. Beide Wahlen erfolgten mit den 43 Stimmen der Regierungsparteien.
Dr. Umbauer ist 55 Jahre alt. Er steht der DVP nahe und ist politisch noch nicht hervorgetreten. In der evangelischen Landeskonfession, wo er der politischen Richtung angehört, verließ er das Amt des Präsidenten.

Das Rezept

Wie die Wirtschaftskrise überwunden werden kann.
Genf, 11. Januar.
Der Sachverständigenausschuß für die Vorbereitung der Weltwirtschaftskonferenz beendete die allgemeine Aussprache. Der Engländer K e i t h R o s s stellte fest, daß die Sachverständigen in folgenden vier Punkten im wesentlichen seiner Auffassung beigetreten seien:
1. Die Schuldentragung müsse geregelt werden. Dabei könne es vorläufig noch offen bleiben, ob die Frage auf der Konferenz selbst oder getrennt geregelt werden soll. Jedenfalls müsse ein Weg gefunden werden.
2. Notwendig sei eine Währungsreform, eine wirkungsvollere Zusammenarbeit der Zentralbanken und eine bessere Mechanismus für die Goldbewahrung.
3. Es müsse eine bessere Verteilung der Goldvorräte und eine größere Kreditfähigkeit Platz greifen.
4. Der Protektionismus müsse abgebaut und die überhöhten Tarife herabgesetzt werden.
Die beiden Ausschüsse für Wirtschafts- und Finanzfragen treten nunmehr zusammen, um die Einzelheiten der Tagesordnung der Weltwirtschaftskonferenz auszuarbeiten.

Am's tägliche Brot

Dr. Gereke vor dem Sozialpolitischen Ausschuß
Berlin, 11. Januar.

Der Sozialpolitische Ausschuß des Reichstages begann die Beratungen der Anträge zur Arbeitsbeschaffung. Zunächst gab der Reichskommissar Dr. G e r e k e einen Ueberblick über die Maßnahmen, die im Rahmen seines Sofort-Programms durchgeführt werden sollen.

Die Finanzierung der vorgesehenen 500 Millionen RM sei gesichert. Zunächst sollten die Arbeiten durchgeführt werden, die absolut notwendig seien, die aber aus Mangel an Mitteln bisher nicht durchgeführt werden konnten. Mit aller Bestimmtheit wandle sich der Reichskommissar gegen die Forderung, von einem öffentlichen Arbeitsbeschaffungs-Programm überhaupt abzulehnen, da das einen Schlag gegen die Privatwirtschaft bedeute. Eine solche Auffassung werde den tatsächlichen Verhältnissen nicht gerecht. Im Gegenteil werden die Mittel, die im Rahmen des öffentlichen Arbeitsbeschaffungs-Programms ausgegeben werden, der Privatwirtschaft zugute kommen.

In eine ausschließliche oder vorzugsweise Vergabe der Mittel im Bezirke mit besonders starker Arbeitslosigkeit sei nicht gedacht, weil ja alle größeren Arbeiten sich nicht rein örtlich auswirken. So werden z. B. Brückenreparaturen in Berlin eine Entlastung des Arbeitsmarktes im Ruhrgebiet bewirken. In einem Teil der Presse seien die Durchführungsbestimmungen für die öffentliche Hand als zu ungünstig bezeichnet worden. Demgegenüber teilte der Reichskommissar mit, daß schon jetzt auf Grund der Richtlinien mehr Anforderungen bei ihm eingegangen seien, als aus dem Sofort-Programm befriedigt werden können. Das spreche doch dafür, daß die Darlehensbedingungen doch wohl im allgemeinen tragbar seien.

Ob die Einstellungsprämie aufrechterhalten werden könnte, wenn der Arbeitsmarkt durch öffentliche Aufträge entlastet werde, stehe noch dahin. Regierung und Parlament hätten schließlich darüber zu entscheiden. Für einen Teil der Gemeinden würden auch nach seiner, des Reichskommissars Auffassung, die erleichterten Bedingungen der Durchführungsbestimmungen unannehmbar sein. Aber für solche Fälle sei ja ein besonderes Ausnahmeverfahren vorgesehen, bei dem schließlich die Regierung noch leichtere Bedingungen festlegen könne.

Solche Sondermaßnahmen seien nur möglich, wenn die Lage einer Einzelgemeinde wirklich hoffnungslos sei, denn sonst würde bei manchen Gemeinden eine laze Auffassung entstehen. In Anweisungen an die Arbeitsämter sei besonders darauf hingewiesen worden, daß durch das Arbeitsbeschaffungsprogramm gerade die langfristige Erwerbslosenbeurzug werden sollten. Wenn sich Schwierigkeiten ergäben, würden Arbeitsminister und Reichskommissar sofort durch neue Anweisungen eingreifen. In den 6 v. H. „Rente“ sei auch die Tilgung der Darlehen enthalten. Wenn er gesagt habe, daß die Rentenbankkreditanstalt als untere Grenze für die Kredite den Betrag von 5000 RM festgesetzt habe, so sei das nur die Regel, auch kleinere Darlehen seien möglich.

Zorderungen und Wünsche

In der Aussprache gibt Abg. Dr. B r a u n s (Ztr.) der Forderung Ausdruck, daß das Sofortprogramm von 500 Millionen nur der Aufkauf zu weiteren Bemühungen sein werde. In verhältnismäßig kurzer Zeit könne man zahlreichen Erwerbslosen zu Beschäftigung verhelfen durch die logenante berufliche Siedlung. Unter gewissen günstigen Bedingungen ließen sich solche Siedlungsstellen schon für 5000 RM beschaffen. Solche Maßnahmen würden sich auf die Dauer nach den verschiedensten Richtungen hin günstig auswirken.

Abg. Dr. S c h m i d t (Dnat.) weist auf die Unsicherheit hin, die die Kreise der Wirtschaft ergreifen habe, weil man jetzt von einer Aufhebung der Einstellungsprämie zugunsten des Arbeitsbeschaffungsprogramms spreche. Durch ein solches Programm könnten höchstens 10 bis 12 Prozent der Erwerbslosen in Arbeit gebracht werden. Die Kernfrage sei deshalb, die Privatwirtschaft wieder in Gang zu bringen.

Abg. Dr. A g e n a (Dnat.) bezeugt einen wirklichen Erfolg gesetzlicher Siedlungspolitik, solange die Landwirtschaft nicht rentabel sei. Das Ausmaß der Arbeitslosigkeit würde niemals so groß geworden sein, wenn man die landwirtschaftliche Erzeugung genügend geschützt und dadurch auch dem Binnenmarkt die Landwirtschaft taufkräftig erhalten hätte.

Abg. G r a h m a n n (Soz.) verlangte die unbedingte Aufhebung der Einstellungsprämie. Man brauche nicht die Produktionsbetriebe zu stärken, sondern müsse den Konsum fördern.

Abg. D r e h e r (Nat.-Soz.) kritisiert die Einstellungsprämie als etwas „unerhört einseitiges“. Der Fehler des Bereiteprogramms liege darin, daß es unrentable Arbeiten fördern wolle. Solche gemeinnützigen Arbeiten, die nichts einbrächten, müßten im Arbeitsdienst ausgeführt werden.

Bilanz der Krise

Etwa zwei Milliarden Defizit
Berlin, 11. Januar.

Im Haushaltsausschuß des Reichstages begann die finanzpolitische Aussprache. Reichsfinanzminister Graf Schwerin von Krosigk gab einen ausführlichen Ueberblick.

Das Rechnungsjahr 1930 hat, so jagt der Minister u. a., mit einem Fehlbetrag von 1190 Millionen RM abgeschlossen. In den Haushalt 1931 waren 420 Millionen zur teilweisen Abdeckung dieses Fehlbetrages eingestellt worden. Das Rechnungsjahr 1931 hat mit einem Gesamtfehlbetrag von 1690 Millionen RM abgeschlossen. Diese legten sich zusammen aus dem Fehlbetrag aus dem Jahre 1930 in Höhe von 770 Millionen RM, der sich dadurch erklärt, daß von dem eigentlichen Fehlbetrag von 1190 Millionen RM im Jahre 1931 420 Millionen RM getilgt worden waren, dem Defizit des Extraordinariums in Höhe von 470 Millionen RM und dem eigentlichen Defizit des Ordinariums des Jahres 1930 in Höhe von 450 Millionen RM.

In der Annahme, daß in absehbarer Zeit eine Behebung von Anleihen nicht möglich erscheint, ist der verbleibende Rest in Höhe von 470 Millionen RM nunmehr als effektiver Fehlbetrag eingestellt worden, da es eine Verschleierung des tatsächlichen Sachverhalts sein würde, diesen Betrag, dessen Deckung tatsächlich in der Luft hängt, immer wieder fortzuführen.

Das eigentliche Defizit des Jahres 1931 in Höhe von 450 Millionen RM setzt sich aus einem Zurückbleiben der Einnahmen in Höhe von 116 Mill. und aus Mehrausgaben in Höhe von 334 Millionen zusammen.

Geringere Einnahmen — größere Ausgaben

Nach diesem Ueberblick über das Ergebnis des Jahres 1931 geht der Minister auf das Etatsjahr 1932 ein: Für 1932 war ein Steueraufkommen von 7,464 Milliarden veranschlagt. Nach einem Ueberblick vom letzten Oktober auf Grund des Ergebnisses des ersten Halbjahres wird das tatsächliche Ergebnis auf 6,681 Milliarden geschätzt, also um 783 Millionen geringer. Davon entfallen gut die Hälfte auf das Reich, die andere Hälfte auf Länder und Gemeinden. Das Weniger-Aufkommen von 783 Millionen beruht im wesentlichen auf dem Zurückbleiben der Einkommensteuer und der Umsatzsteuer gegenüber den Schätzungen, und zwar bei der Einkommensteuer um 270, bei der Umsatzsteuer um 420 Millionen. Am Ganzen gesehen wird man mit einem Minderaufkommen von rund 800 Millionen bei Steuern und Zöllen rechnen müssen, in das sich Reich und Länder teilen.

Gesamtergebnis erscheint erträglich

Wir werden zu rechnen haben für das Reich mit 400 Millionen Steuerausfall, 50 Millionen Ausfall bei den Vorkussarten der Reichsbahn und mit Mehrausgaben und Mindereinnahmen bei verschiedenen Posten in Höhe von 300 bis 350 Millionen, so daß insgesamt ein Fehlbetrag von rund 800 Millionen entsteht. Nun ist auch im Jahre 1932 ein Posten zur Deckung des alten Fehlbetrages in Höhe von 420 Millionen vorgesehen. Wir kommen also bei dem aus dem Vorjahr übernommenen Fehlbetrag von 1690 Millionen auf 1270 Millionen herunter. Dazu tritt der neue Fehlbetrag von 800 Millionen Mark, so daß wir insgesamt Ende des Rechnungsjahres 1932 einen Fehlbetrag von 2070 Millionen haben werden.

Wenn man sich überlegt, daß in diesem Fehlbetrag die 470 Millionen Extraordinarium sind, die wie aus früheren Jahren mitgeschleppt und erst im vorigen Jahr endgültig als Fehlbetrag ausgedrückt haben, so ergibt sich, daß wir in Wirklichkeit im ordentlichen Haushalt einen Fehlbetrag von 1 1/2 Milliarden haben, die tatsächlich den Fehlbetrag aus den Krisenjahren 1930 bis 1932 darstellen. Das ist ein finanzielles Ergebnis, das in Anbetracht der durchlebten schweren Krise erträglich erscheint.

Die Schwere des Fehlbetrages liegt darin, daß wir weniger als andere Länder in der Lage sind, lastenmäßig die Deckung dafür bald zu bringen. Wenn man auf der anderen Seite sieht, daß Amerika das Etatsjahr 1931/32 mit einem Fehlbetrag von 2,9 Milliarden Dollar, also über zehn Milliarden Mark, abgeschlossen hat, daß auch Frankreich sich mit einem Defizit plagt, das 26 Milliarden Franken in diesem Jahre beträgt, so ergibt sich immerhin, daß unser Fehlbetrag bei aller Schwere, die er lastenmäßig und etatsmäßig bedeutet, an der Schwere der Krise dieser drei Jahre gemessen ein Ergebnis darstellt, das nicht allzu gefährlich ist. Infolge von Dispositionen, die wir rechtzeitig getroffen haben, haben wir im Reich nennenswerte Kassenschwierigkeiten nicht zu befürchten.

Schulden und Bürgschaften

Der Minister macht dann einige Bemerkungen über den Stand der Schulden des Reiches. Die Schulden betragen am 31. März 1932 12,152 Milliarden und am 31. Dezember 1932 12,264 Milliarden. Von dem Schuldenbetrag am 31. März waren 10,430 Milliarden fundierte Schuld, von